



Die Zukunft der Rentenversicherung – eine Herausforderung für die Soziale Sicherung in Deutschland

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht das Modell soziale Marktwirtschaft vor einer Reihe von Herausforderungen. Schlagwortartig seien die Problemfelder demografischer Wandel, Globalisierung, Klimawandel bzw. Energiewende, europäische Integration, und nicht zuletzt Pandemie und Ukrainekrieg genannt. Dabei sind die sozialen Sicherungssysteme zentrale Institutionen der sozialen Marktwirtschaft und deren Zukunftsfähigkeit vor allem durch den demografischen Wandel gefährdet.

Warum das so ist, lässt sich exemplarisch am Beispiel der Rentenversicherung zeigen: Sie wird in Deutschland zum größten Teil im Umlageverfahren durchgeführt, d. h. die aktuell im Arbeitsprozess Stehenden finanzieren die Renten der heutigen Rentnergeneration. Damit ist die Rente abhängig von der demografischen Entwicklung. Und dort zeichnen sich gravierende Änderungen ab.

Anhand eines Films und einer amerikanischen Debatte erarbeiten die Schülerinnen und Schüler, wie die Rentenversicherung zukunftsfest gestaltet werden könnte.

Überblick

Themenbereich	Soziale Marktwirtschaft → Herausforderungen für die soziale Sicherung in Deutschland
Vorwissen	Grundkenntnisse der sozialen Marktwirtschaft, Grundkenntnisse der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Streitgespräch als Amerikanische Debatte
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ stellen Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung dar und beurteilen deren Implikationen für die soziale Sicherung am Beispiel der Rentenversicherung.◆ charakterisieren die Finanzierung der Rentenversicherung als ein Problem des modernen Sozialstaats.◆ erläutern konkrete Reformansätze zur Rentenversicherung und beurteilen diese.
Schlagworte	Demografischer Wandel, Generationenvertrag, Rentenversicherung, Soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat
Autor/in	Dr. Stephan Podes, überarbeitet von Sabine Borner
Produktion	C. C. Buchner Verlag / RAABE – Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH / Klett MINT (2022)



Die Zukunft der Rentenversicherung – eine Herausforderung für die Soziale Sicherung in Deutschland

Als **Sozialstaat** kann die Bundesrepublik Deutschland durchaus Erfolge verzeichnen, etwa indem der Sozialstaat „dazu beiträgt, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu verbreiten, unter einigermaßen gerechten Verhältnissen zu leben.“ (Franz Xaver Kaufmann, Das Doppelgesicht des Sozialstaats, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.2014) Der Sozialstaat wirke damit stabilisierend auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und trage wesentlich zur Akzeptanz der herrschenden rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung bei.

Allerdings sieht sich dieser Sozialstaat mit großen **Herausforderungen** konfrontiert. Mit Rekurs auf die Geschichte des Modells Deutschland heißt es dazu bei Daniel Buhr: „Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hat den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig beeinflusst. Das Zusammenspiel von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Absicherung ist als eines der zentralen wirtschaftspolitischen Ordnungsprinzipien fest verankert worden. Der Wirtschaftspolitik kommt seitdem auch und vor allem die Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen für eine Fortführung der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels zu gewährleisten. Und die Herausforderungen sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts ebenso drängend wie vielfältig. Mit den Schlagwörtern Globalisierung, Europäische Integration, demografischer Wandel und Klimawandel sind vier Entwicklungsprozesse genannt, die von besonders tiefgreifender Bedeutung für die Wirtschaftspolitik sind, da sie jeweils alle wirtschaftspolitischen Ziele betreffen und vor allem auch durch ihre Gleichzeitigkeit zu massiven Zielkonflikten führen können.“ (Buhr 2014, S. 100) Auch aktuelle Geschehnisse, wie etwa der Ukrainekrieg und die Corona-Pandemie, stellen die Wirtschaft, aber auch den Sozialstaat vor weitere Herausforderungen.

Doch welche **Auswirkungen** haben diese Herausforderungen auf den deutschen Sozialstaat? Die vorliegende Unterrichtseinheit thematisiert exemplarisch nur eine der hier genannten vier Herausforderungen: Das System der **Rentenversicherung** und seine durch den **demografischen Wandel** problematische Finanzierbarkeit. „Immer wieder sind Gesellschaften mit Fragen konfrontiert, die man sich früher nicht hätte vorstellen können. In den frühen Jahren der Bundesrepublik, als Kanzler Konrad Adenauer das umlagefinanzierte Rentensystem auf den Weg brachte, konnte man sich noch nicht vorstellen, dass dieses System einmal aus demografischen Gründen untragbar werden könnte: „Kinder kriegen die Leute immer“, meinte Adenauer. Aber die Gesellschaft hat sich verändert, die „Leute“ bekommen immer weniger Nachwuchs – und das stellt so manches Hergebrachte auf den Kopf, nicht nur das Rentensystem.“ (Horn 2010, S. 180)

Wenn sich die Alterspyramide auf den Kopf stellt, dann bleibt das für den Sozialstaat nicht ohne Folgen, denn die Sozialsysteme sind für ein solches Generationenverhältnis nicht gebaut: Weniger beitrags- und steuerzahlende Erwerbstätige und gleichzeitig eine größere Gruppe an Rentenempfängern führen den Generationenvertrag an seine Grenzen, wenn nicht entsprechende Produktivitäts- und damit Lohnsteigerungen einen Ausgleich schaffen. Es müssen alternative Modelle diskutiert werden.

Deutschland braucht aus Sicht des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, rund 400.000 Zuwanderer pro Jahr – und damit deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. [...] „Von der Pflege über Klimatechniker bis zu Logistikern und Akademikerinnen: Es werden überall Fachkräfte fehlen.“ (Süddeutsche Zeitung, 24.08.2021)

Literaturhinweise:

Buhr, Daniel u. A. (2014): Wirtschaft und Politik – eine Einführung, Kohlhammer: Stuttgart.

Horn, Karen Ilse (2010): Die Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt a. M.

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. und 2. Unterrichtsstunde				
5'	Einstieg	Die SuS schauen den Film zur Situation der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland als Impuls für erste Fragestellungen zu den Herausforderungen des Sozialstaates.	Impulsfilm: Der deutsche Sozialstaat – vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall?	
15'	Erarbeitung I	Die SuS werten Material aus und formulieren Hypothesen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rentenversicherung in Deutschland.	M1 Der Generationenvertrag M2 Die 14. Bevölkerungsvorausberechnung	
15'	Erarbeitung II	Die SuS überprüfen die Hypothesen (Konfrontation der Hypothesen mit der empirischen Evidenz).	M3 Die Probleme der Rentenversicherung	
55'	Vertiefung	Die SuS werfen einen vertiefenden Blick auf einen möglichen Lösungsansatz, die Rente mit 70, und bereiten sich auf die Amerikanische Debatte vor. Die SuS führen die Debatte durch und werten diese (methodisch und inhaltlich) aus.	M4a Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) M4b IG Metall M5 Peter Bofinger – Wirtschaftsexperte schlägt eine Alternative vor M6 Sabine Zimmermann, die Linke M7 Habeck für flexiblen Renteneintritt	Methode: Streitgespräch in Form der Amerikanischen Debatte Arbeitsteilige Vorbereitung auf die Debatte: Gruppe 1: M4 Gruppe 2: M5 Gruppe 3: M6 Gruppe 4: M7 Ergänzend zu den Texten: Möglichkeit der freien Recherche



Impulsfilm: Der deutsche Sozialstaat – vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall?

Wie zukunftsfähig ist der deutsche Sozialstaat? Gerade in Wahlkampfzeiten werden gerne kontroverse Debatten darüber geführt, was als sozial gerecht angesehen wird und wie der Sozialstaat ausgestaltet werden sollte, um trotz der tiefgreifenden aktuellen Veränderungen und Entwicklungen zukunftsfähig zu bleiben. Die sozialen Sicherungssysteme sollen Lebensrisiken absichern, erschwerte, sozial bedingte Lebenssituationen abmildern und die Altersversorgung gewährleisten. Heute sieht sich der deutsche Sozialstaat, dessen Fundamente vor 120 Jahren mit der bismarckschen Sozialgesetzgebung gelegt wurden, vor große Herausforderungen gestellt. Hat der deutsche Sozialstaat angesichts der Probleme durch den demografischen Wandel, die Pandemie, den Ukrainekrieg, die europäische Integration, die Globalisierung und den Klimawandel überhaupt eine Zukunft? Die Sozialausgaben steigen seit Jahren in schwindelerregende Höhe. Reformen und ein Umbau des Sozialstaates wurden bereits umgesetzt und scheinen weiter unumgänglich. Doch wie viel Eigenverantwortung soll der Einzelne zukünftig tragen? Welche Reformansätze werden diskutiert? Im Zentrum dieses Films stehen diese und weitere Fragestellungen rund um die sozialen Sicherungssysteme und ihre Zukunftsfähigkeit. Sie geben Anstöße für eine kontroverse Auseinandersetzung mit dem Thema.

D Rentenreform

Die Rentenreform wurde 1957 neu geordnet. Allen Widerständen zum Trotz setzte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer durch, dass die Renten an der allgemeinen Lohnentwicklung ausgerichtet und dynamisiert sind. Folglich konnten auch Rentnerinnen und Rentner vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren.

D Demografischer Wandel

Bezeichnung für die Bevölkerungsentwicklung und ihre Veränderungen, v. a. hinsichtlich der Altersstruktur, der Entwicklung der Geburtenzahl sowie der Sterbefälle, der Anteile von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten bzw. die Zuzüge und Fortzüge. Der demografische Wandel in Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass seit Anfang der 1970er-Jahre die Geburtenrate niedriger ist als die Sterberate, wodurch die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung sinken würde. Ein weiteres Merkmal ist die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung. Dies führt bei zurückgehender Geburtenrate zu einem größeren Anteil der älteren Bevölkerung im Vergleich zum Anteil der jüngeren Bevölkerung.

Aufgabe

- 1 a) Stellen Sie die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland dar, die im Film aufgezeigt werden.
b) Formulieren Sie thesenartig, wo Sie die größte Herausforderung für den deutschen Sozialstaat heute sehen.

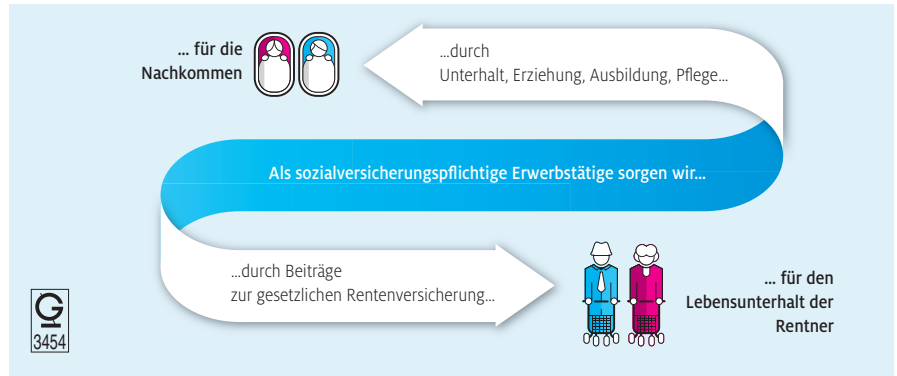
M1

Der Generationenvertrag

Der Begriff entstand mit dem sogenannten Umlageverfahren in der Rentenversicherung, eingeführt 1957 durch die Rentenreform unter Bundeskanzler Konrad Adenauer. Das Prinzip:

D Umlageverfahren

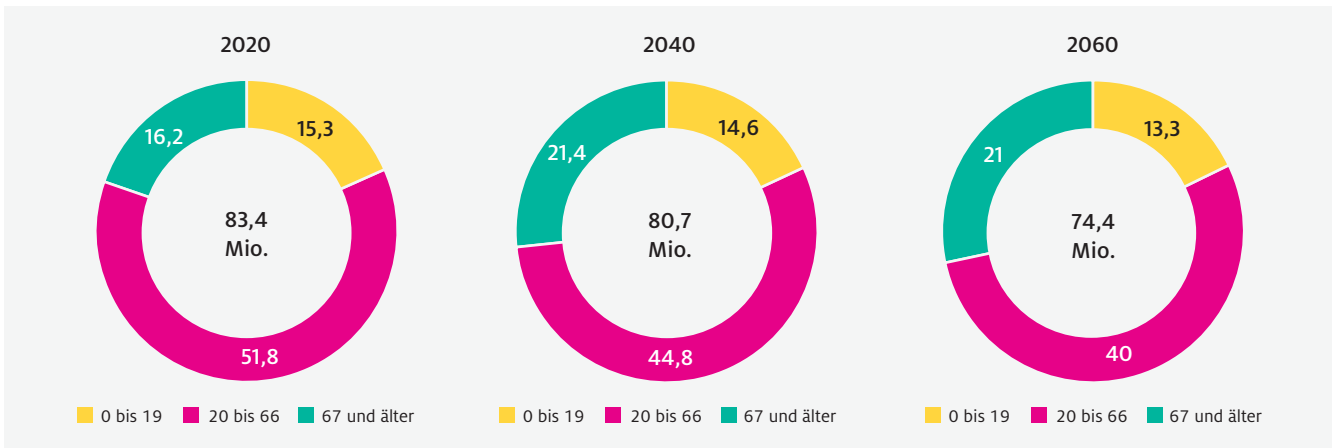
Die gesetzliche Rentenversicherung wird durch das Umlageverfahren finanziert. Dabei decken die aktuellen Einnahmen (Beiträge und Bundeszuschuss) die laufenden Rentenzahlungen und sonstigen Ausgaben. Dafür erwerben Beitragszahlerinnen und Beitragszahler den Anspruch, später selbst eine Rente zu erhalten, die dann von der nachkommenden Generation finanziert wird. Die eingehenden Beiträge werden also unmittelbar für die Finanzierung der Ausgaben verwendet und nicht für künftige Renten angespart.



© dpa Infografik

M2

Die 14. Bevölkerungsvorausberechnung (Bevölkerung nach Altersgruppen in Prozent)

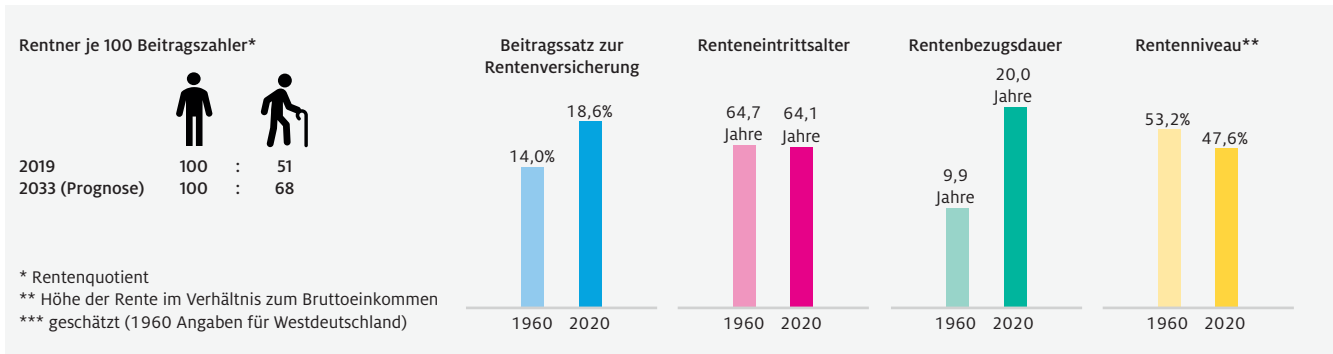


1: Unter der Annahme einer moderaten Entwicklung der Geburtenhäufigkeit mit jährlicher Geburtenrate bei 1,55 Kindern je Frau, eines moderaten Anstiegs der Lebenserwartung bei Geburt bis 2060 für Jungen auf 84,4 und für Mädchen auf 88,1 Jahre bei unterschiedlich hohem durchschnittlichen Wanderungssaldo – von 147 000 Personen pro Jahr (Variante 1, G2-L2-W1)

Eigene Darstellung nach: Statistisches Bundesamt, 2022

M3

Die Probleme der Rentenversicherung



Eigene Darstellung nach: Deutsche Rentenversicherung, BMAS, 2020

Aufgaben

- 2 Analysieren Sie die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands anhand des Schaubildes. Bestimmen Sie auch Ihre eigene Position darin (M2).
- 3 Stellen Sie Hypothesen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rentenversicherung in Deutschland auf (M1, M2).
- 4 Überprüfen Sie mithilfe der Daten in M3 Ihre Hypothesen und korrigieren Sie diese gegebenenfalls.

M4

a) Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Vorschlag der Kommission:

Jetzt keine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze beschließen

Die Kommission empfiehlt keine Festlegung, ob die Regelaltersgrenze nach 2031 weiter angehoben wird. Ob eine Anhebung überhaupt angemessen ist, soll erst 2026 geprüft und debattiert werden. [...] Dabei sind neben der Finanzwirkung für die Rentenversicherung insbesondere die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmer*Innen sowie der Arbeitsmarkt zu beachten.

Bewertung des DGB:

Für den DGB ist bereits die „Rente mit 67“ ein Fehler und für viele Beschäftigte schlicht nicht erreichbar. Trotz guter Konjunktur sind Ältere besonders oft langzeitarbeitslos und viele müssen aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aufhören zu arbeiten. Gerade Menschen mit körperlich und psychisch belastenden Tätigkeiten haben außerdem eine kürzere Lebenserwartung und werden mit höheren Altersgrenzen besonders bestraft. Auch fällt durch die Anhebung der Regelaltersgrenze der Beitragssatz nur um rund 0,5 Prozentpunkte geringer aus – bei 3.000 Euro Gehalt macht das 7,50 Euro im Monat aus. Dafür müssten die Beschäftigten aber zwei, drei Jahre länger arbeiten und mehr Beiträge zahlen. Auch sind höhere Altersgrenzen gerade nicht generationengerecht. Denn nicht die Alten, sondern die Jüngeren müssten länger arbeiten und in der Summe sogar mehr Beiträge zahlen. Entlastet würden aber die Arbeitgeber.

Der DGB begrüßt, dass die Kommission nach intensiver Beratung davon Abstand genommen hat, die Regelaltersgrenze automatisch an die durchschnittliche Lebenserwartung zu koppeln. Für einzelne Mitglieder der Kommission war das das Top-Thema – neben der Frage,

wie sie durch zusätzliche Automatismen die Rentenausgaben noch mehr kürzen können. Die Kommission hat aber letztlich erkannt, dass Rentenpolitik kein mathematisches Rätsel ist. Denn Rentenpolitik ist eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Verteilung des Wohlstands. Dies muss durch Ausgleich der Interessen ausgehandelt werden und nicht durch sozial blinde mathematische Formeln erzwungen werden. [...]

Insoweit ist es für den DGB ein Erfolg, dass die Frage künftig nicht mit dem Tunnelblick auf die Rentenfinanzen beantwortet werden soll. Mit einer höheren Altersgrenze die Renten zu kürzen ist kein Problem. Aber, ob die Beschäftigten länger arbeiten können, ist die Frage. Die höhere Altersgrenze und damit ein späterer Rentenbeginn sagen keineswegs, ob die Menschen auch tatsächlich länger gesund arbeiten können und einen Arbeitsplatz haben oder diesen bekommen. Viel zu oft gelingt dies nämlich nicht. Und der Rentenbeginn muss gerade für jene erreichbar sein, die schlechtere Chancen haben; dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die mit der Einführung der „Rente mit 67“ seitens der Politik zugesagte bessere Absicherung von flexiblen Übergängen von der Arbeit in die Rente bis zum heutigen Tage nicht Realität geworden sind. Die Fragen der Rente werden vor allem am Arbeitsmarkt zu lösen sein. Daher müssen wir große Anstrengungen darauf verwenden, dass die Menschen gute und gut bezahlte Arbeit haben und tatsächlich bis zum Rentenbeginn arbeiten können. Leider war diese Frage nicht der Hauptfokus von großen Teilen der Kommission, auch wenn der DGB von Einzelnen hier aktiv unterstützt wurde. Die Vorschläge zum Arbeitsmarkt sind zwar gut, aber in Teilen unverbindlich oder unkonkret. Das gleiche gilt für die Vorschläge zu Rehabilitation und Prävention.

DGB Bundesverband: Abschlussbericht der Kommission Verlässlicher Generationenvertrag, Die Auseinandersetzung um starke Rente geht weiter!, 2020

b) IG Metall

„Die Rente mit 70 ist (k)ein Problem?“

Rentenalter hoch?

Diese Argumente sprechen dagegen

„69, 70 oder gar 72 Jahre: Immer wieder werden Rufe nach einem höheren Rentenalter laut. Mit der Lebensrealität der Beschäftigten hat das wenig zu tun. Unsere Argumente gegen das Arbeiten ohne Ende.

Die Forderung nach einem späteren Renteneintritt kommt meist aus dem Lager der Wirtschaft oder von arbeitgebernahen Instituten. Und es klingt ja auch scheinbar logisch: Die Lebenserwartung steigt und damit eben auch das Renteneintrittsalter. Oder?

In Wirklichkeit wäre eine höhere Regelaltersgrenze für die meisten Arbeitnehmer fatal. Nicht nur für die, die körperlich hart arbeiten.

Das sind die Gründe:

Schon das aktuelle Renteneintrittsalter von 67 Jahren ist für die Mehrheit der Beschäftigten nicht erreichbar. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) geht davon aus, dass sie ihren derzeitigen Beruf nicht bis 67 ausüben kann. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Berliner Kantar-Instituts im Auftrag der IG Metall. Ein noch höheres Rentenalter würde für die meisten Menschen nur eines bedeuten: Hohe Abschläge und eine entsprechend geringe Rente.

Fast unerreichbar ist die 67 Jahre-Altersgrenze für Arbeiterinnen und Arbeiter. 90 Prozent von ihnen halten es laut Kantar-Umfrage für unrealistisch, dass sie ihre Tätigkeit unter den aktuellen Arbeitsbedingungen bis 67 ausüben können. Doch wer es nicht bis zur regulären Altersgrenze schafft, muss Rentenabschläge hinnehmen.

Körperlich hart arbeitende Menschen werden durch ein immer höheres Rentenalter doppelt bestraft: Durch Gesundheitsschäden und gekürzte Renten.

Selbst wenn Beschäftigte länger arbeiten könnten: Die Wirklichkeit in den Betrieben würde dem widersprechen.

Nur die Hälfte (51 Prozent) der befragten Beschäftigten zwischen 50 und 64 Jahren sieht den eigenen Betrieb

ausreichend vorbereitet auf älter werdende Belegschaften – zum Beispiel durch gezielte Weiterbildungsangebote. Viele Unternehmen wollen ältere Beschäftigte eher loswerden als ihnen eine altersgerechte Tätigkeit zu ermöglichen.

Rund ein Drittel aller Arbeitslosen in Deutschland ist langzeitarbeitslos. In der Altersgruppe ab 55 Jahren ist fast die Hälfte (48 Prozent) betroffen. Die Chancen sind gering, bei Arbeitslosigkeit im Alter zurück in reguläre Beschäftigung zu kommen. Dadurch werden jahrzehntelange Erwerbsbiografien buchstäblich auf den letzten Metern entwertet. Denn: Nur für die Dauer des Arbeitslosen- geld I-Bezugs werden Rentenbeiträge gezahlt. Längere Arbeitslosigkeit macht sich bei der Rente massiv bemerkbar. Ein höheres Rentenalter verschärft diese Risiken.

Immer weniger ältere Erwerbstätige arbeiten bis zum Rentenbeginn, wie eine Untersuchung von Altersforschern zeigt. Demnach ist der Anteil derjenigen, die bis unmittelbar zum Renteneintritt erwerbstätig waren, zwischen 1996 und 2014 von 62,0 auf 46,6 Prozent gesunken. Zugenommen hat dagegen der Anteil der Personen, die vor dem Rentenbeginn arbeitslos waren oder in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Dieser Trend würde sich durch ein höheres Rentenalter weiter verschärfen. Und bei vielen, die ohnehin nicht bis zum Renteneintritt arbeiten können, würde sich der Zeitraum zwischen Ende der Erwerbsarbeit und Rentenbeginn verlängern – mit gravierenden finanziellen Folgen.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt eine weitere Anhebung des Rentenalters ab. 86 Prozent der Befragten sprechen sich in der Kantar-Umfrage dagegen aus.

Was die Menschen stattdessen wollen: realistische Altersgrenzen. Eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard im Alter annähernd sichert. Und eine Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen – auch Beamte, Selbstständige, Freiberufler.

IG Metall: Gesetzliche Rente - Rentenalter hoch? Diese Argumente sprechen dagegen, 2020

www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/sozialpolitik/rente/rentenalter-hoch-diese-argumente-sprechen-dagegen

M5

Peter Bofinger – Wirtschaftsexperte schlägt Alternative vor

Interview mit Peter Bofinger



© Sachverständigenrat

Eine Reform des Rentensystems wird seit Jahren diskutiert, eine Anhebung des Rentenalters sehen viele als naheliegende Lösung. Es gibt Alternativvorschläge.

Berlin – Über die Zukunft der Deutschen Rentenversicherung wird seit vielen Jahren diskutiert – zuletzt wieder vermehrt vor der Bundestagswahl 2021. Die steigende Lebenserwartung von Menschen in Deutschland, die zwischen 1960 und 2019 die Rentenbezugszeit mehr als verdoppelt hat, stellt das derzeitige System vor immense Herausforderungen. Dass Reformen für die Rente kommen müssen, darüber sind sich zahlreiche Wirtschaftsexpert:innen einig.

Doch während viele Fachleute eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 68 oder gar 70 Jahre als Lösung betrachten, gibt es in Fachkreisen auch andere Vorschläge. Der ehemalige Wirtschaftsweisen und Rentenexperte Peter Bofinger etwa, plädierte vor kurzem in einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin Focus.de dafür, den Kreis derer, die in die Rentenversicherung einzahlen, zu erweitern.

Statt Rente mit 70: Selbstständige und Beamte in Rentenversicherung integrieren

So schlug Bofinger etwa vor, auch Selbstständige und Beamte, die aktuell nicht in die Deutsche Rentenversicherung einzahlen, künftig zur Kasse zu bitten, denn das Schwächeln des aktuellen Systems läge unter anderem daran, dass derzeit nicht alle Erwerbstätigen in die staatliche Altersvorsorge einzahlen.

Dies hätte neben der Aufstockung des Rententopfs sogar noch einen weiteren Vorteil, erklärte Bofinger im

Focus: „Es entlastet das Gesamtsystem sogar dauerhaft, weil es eine ganze Reihe von Selbstständigen gibt, die nicht ausreichend fürs Alter vorsorgen. Sie fallen – nach dem bisherigen Modell – im Alter dem Staat zur Last, der für sie die Grundsicherung bezahlen muss“.

Problem der Rentenversicherung: Generation der Babyboomer geht in Rente

Teil des aktuellen Problems ist neben der immer weiter zunehmenden Rentenbezugsdauer aufgrund längerer Lebenserwartung der Menschen auch die Entwicklung, die der Deutschen Rentenversicherung in den kommenden Jahren bevorsteht. Die Generation der sogenannten „Babyboomer“ geht in Rente: Damit kommen nicht nur zahlreiche Menschen zu den derzeit rund 18,35 Millionen Rentenbezieher:innen hinzu, es fallen auch ebensoviele Menschen, die aktiv in die Rentenkasse einzahlen, weg.

[...]

Den Lösungsansatz, das Renteneintrittsalter schnellstmöglich zu erhöhen, hält der Volkswissenschaftler für verfrüht: „Es gibt keinen Grund für Aktionismus. Die vorliegenden Berechnungen sagen: Gegen Ende dieses Jahrzehnts muss man darüber nachdenken, das Renteneintrittsalter zu erhöhen“, erklärt Bofinger.

Er halte aktuelle Diskussionen wie die Rente ab 70 für „unsinnig“, denn es zeige sich, dass langfristige Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und der Anzahl der Arbeitnehmer zum Teil deutlich von der Realität abweichen. „So wurde in den Rentenversicherungsberichten der Jahre 2000, 2005 und 2010 die tatsächliche Anzahl der Arbeitnehmer ohne Beamte im Jahr 2020 jeweils um vier bis 4,5 Millionen Personen unterschätzt.“

Zukunft der Rente: Wirtschaftsexperte plädiert für private Altersvorsorge

Das trotz aller möglichen Entwicklungen der Rentenregelung weiterhin eine zusätzliche private Absicherung notwendig bleibt, daran zweifelt Bofinger nicht. „Wer derzeit 100 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient, muss schon rund 30 Jahre arbeiten, um das Niveau der Grundsicherung zu erreichen.“

Wer 70 Prozent des Durchschnittseinkommens erzielt, muss dafür 43 Jahre arbeiten“, erklärte der Renten-Experte im Focus-Interview. Bedarf für weitere Absicherung fürs Alter sei also vorhanden.

M6

Debatte um Renteneintritt – Jeder Fünfte stirbt vor 69. Lebensjahr



© DIE LINKE im Bundestag

Wie jüngste Daten zeigen, erlebten fast 20 Prozent aller Verstorbenen das Renteneintrittsalter nicht. Seit 2012 steigt dies auf 67 Jahre. Durch eine Anhebung auf 69 Jahre wären noch mehr Menschen betroffen.

Die Osnabrücker Zeitung berichtete über eine Antwort des Bundesministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion, die aufhorchen lässt. Durch die Auswertung aktueller Daten wird deutlich, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung vor Renteneintritt verstirbt. 2019 haben demnach 17 Prozent aller Verstorbenen das 67. Lebensjahr nicht erreicht, 14,4 Prozent sogar ihr 65. Lebensjahr nicht mehr.

„Verteilung von unten nach oben“

„Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Je höher das Rentenalter, desto weniger Menschen können jemals in den Genuss ihrer Rente kommen“, sagte Linken-Sozialexpertin Sabine Zimmermann. Besonders davon sind Menschen mit geringerem Einkommen betroffen, da diese kürzer leben. Eine Anhebung würde also „eine

Verteilung von unten nach oben“ mit sich führen. Das, so Sabine Zimmermann, ist „schlicht und einfach unsozial“. Daher kommt sie zu dem Schluss, dass eine Rückkehr zur Rente mit 65 dringend erforderlich ist.

Dazu führt sie an, dass mit der steigenden Lebenserwartung nicht für ein höheres Rentenalter argumentiert werden darf. Man „verschweigt die Hälfte der Wahrheit“, denn die gesunden Lebensjahre steigen nicht an. „Viele Menschen erreichen das Rentenalter nicht bei guter Gesundheit. Für sie ist jede Erhöhung des Rentenalters eine Rentenkürzung, weil sie gezwungenermaßen mit Abschlagen früher in Rente gehen müssen.“ Nach Zahlen aus dem Jahr 2019 würden bei einer Rente mit 69 etwa 19,8 Prozent, also fast jeder fünfte, seine Rente nicht mehr erleben. Weitere Diskussionen um eine Anhebung des Renteneintrittsalters brauche es somit nicht.

Renteneintritt mit 69

Gerade pandemiebedingt trat die Diskussion um eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wieder in den Fokus. Wirtschaftsinstitute und die Bundesbank sprechen sich beispielsweise für eine Rente mit 69 aus. Dadurch versprechen sich die Genannten eine Lösung, um der angespannten finanziellen Lage des Staates zu begegnen. So sollen einerseits die Einnahmen der Rentenversicherung gesteigert werden und andererseits mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sein. Quasi „eine doppelte Rendite“, wie es in dem Frühjahrsgutachten für die Bundesregierung genannt wurde. Schließlich bedeute der demographische Wandel weniger Erwerbstätige auf dem Arbeitsmarkt und die wachsende Lebenserwartung immer längere Rentenzeiten.

Nach: Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ): Debatte um Renteneintrittsalter, 07.05.2021 und Tagesschau: Rentenalter - Anfrage der Linken Fraktion, 07.05.2021

Sabine Zimmermann war von 2005 bis 2021 Abgeordnete des Deutschen Bundestages für die Fraktion der Linkspartei.

M7

Habeck für flexiblen Renteneintritt

Wer will, soll länger arbeiten dürfen

Fachkräfte werden in den kommenden Jahren knapp. Deshalb wirbt Wirtschaftsminister Habeck für ein flexibles höheres Rentenalter. Seine Idee: ein „Renteneintrittsfenster“.

Wirtschaftsminister Robert Habeck hat in einem Interview mit dem Handelsblatt ein höheres freiwilliges Renteneintrittsalter ins Spiel gebracht. Allerdings will Habeck eine Debatte ohne klare Grenze anstoßen. Dem Grünen-Politiker schwebt „ein Renteneintrittsfenster, kein fixes Alter“ vor, wie er der Zeitung sagte.

Hintergrund dieser Aussagen ist der anhaltend hohe Fachkräftemangel in Deutschland. „Man sollte flexibel länger arbeiten können. Das wäre ein doppelter Gewinn: Wer will, kann sein Wissen, sein Können, seine Erfahrung noch länger einbringen. Davon können Betriebe und die Gesellschaft profitieren. Und wir könnten dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Wir sollten also über so etwas wie ein Renteneintrittsfenster sprechen, kein fixes Alter.“

Künftig erhöhter Bedarf an Fachkräften

In einem Papier des Ministeriums, welches der Nachrichtenagentur dpa vorliegt, heißt es, der Fachkräftemangel werde sich in den kommenden Jahren verschärfen. Mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand werde die Zahl der Erwerbspersonen signifikant zurückgehen. Gleichzeitig würden die Digitalisierung und die Transformation hin zur Klimaneutralität den Fachkräf-



© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

tebedarf erhöhen, beziehungsweise verändern.

Um diese Herausforderungen zu meistern, werde die Bundesregierung ihre Fachkräftestrategie weiterentwickeln. Aus Sicht des Ministeriums geht es etwa darum, das Arbeitsvolumen zu erhöhen. Insbesondere bei Frauen und Älteren gebe es noch ungenutzte Potenziale.

Es solle ein Rahmen geschaffen werden, damit Beschäftigte mindestens bis zur Regelaltersgrenze arbeiten und gegebenenfalls freiwillig auch darüber hinaus – zum Beispiel durch eine Flexibilisierung des Renteneintritts, verbunden mit finanziellen Anreizen, länger zu arbeiten, für die, die das möchten. Nach geltender Rechtslage wird die Altersgrenze für die Rente ohne Abschläge bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben.

Tagesschau vom 21.02.2022: Habeck für flexiblen Renteneintritt - Wer will, soll länger arbeiten dürfen; www.tagesschau.de/inland/habeck-rente-eintrittsalter-101.html

Robert Habeck wurde im Dezember 2021 zum Stellvertreter des Bundeskanzlers sowie Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz ernannt.

Aufgabe

- 5 Bereiten Sie sich, ausgehend von den Materialien M4 bis M7, auf ein Streitgespräch in Form der einer Amerikanischen Debatte zu der Frage vor: Die Rente mit 70 – (k)eine Lösung? Achten Sie bei der Bearbeitung der Materialien insbesondere darauf, welche Argumente angeführt werden, mit welchen Belegen diese Argumente unterfüttert werden, an welchen Beispielen die Argumente illustriert werden und welche Wertmaßstäbe sich ggf. erkennen lassen.